

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

F/XXIII/189

Bonn, den 4. Oktober 1968

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite Zeilen

1 - 1a Unser Haus gut bestellen! 66

Aufgaben, die vor uns stehen und die wir bewältigen können

2 Anerkennung und Kritik 44

Was junge Bundesbürger bei einem Berlinbesuch bemängeln und loben

Von Fritz Böttner, MdB

3 - 4 Sorgen an der Saar 64

Schwere Versäumnisse der Landesregierung

Von Alwin Brück, MdB

5 - 6 Jugoslawien wehrt sich 74

Freundliche Worte an Bonn

Von Hans Peter Rullmann, Belgrad

*

*

*

Unser Haus gut bestellen!

Aufgaben, die vor uns stehen und die wir bewältigen können

sp - Der außenpolitische Aktionsradius der Bundesrepublik Deutschlands ist zur Zeit begrenzt. In der nichtkommunistischen Welt nimmt die Bundesrepublik eine geachtete Stellung ein, und das hat sie nicht nur ihrer wirtschaftlichen Stärke als zweitgrößter Handelspartner zu verdanken. Sie hat ihr Soll in der Entwicklungshilfe erfüllt, das trug ihr einen guten Ruf in den Entwicklungsländern ein. Es hat schon sein Gewicht, wenn heute viele Staaten außerhalb des Machtbereiches der Sowjetunion die Bundesrepublik gegen unbegründete Verdächtigungen und infame Unterstellungen in Schutz nehmen und ihr bescheinigen, daß die deutsche Politik ausgerichtet ist auf Verständigung und Verstärkung der internationalen Zusammenarbeit. - Und dies ohne Rücksicht auf Ideologien.

Die Bundesrepublik hat viele Freunde in der Welt; es gilt, diese Freundschaften zu pflegen. Im übrigen hat es die deutsche Außenpolitik mit Faktoren zu tun, die sie überhaupt nicht oder nur indirekt beeinflussen kann. Das gilt auch für andere Staaten. Das gilt sogar schon für Weltmächte. In der Europapolitik kann die Bundesrepublik nur die Rolle eines gutwilligen Anregers spielen, sie kann nicht, und sie denkt auch nicht daran, wie es ihr von mancher Seite geraten wird, eine "Führungsrolle" zu übernehmen. Diese steht ihr nicht zu. Es würde eine Kette von Mißverständnissen auslösen.

In der Ostpolitik muß Bonn einen nichtzuberechnenden Stillstand einkalkulieren. Es muß abwarten, wie sich die Entwicklung innerhalb des Sowjetimperiums gestaltet und welche Richtung sie nimmt. Bonn kann nur auf seiner Position beharren, die von dem mühseligen Bestreben gekennzeichnet ist, Stück um Stück für eine europäische Friedensordnung zusammenzutragen. Rückschläge müssen hier in Kauf genommen werden. Die NATO selbst befindet sich nach

der Invasion der Tschechoslowakei in einem Zustand der Selbstüberprüfung und neuer Überlegungen. Die deutsche Außenpolitik tut gut daran, diesen Klärungsprozeß mit Geduld und in Ruhe abzuwarten. Auch hier könnte ein Bonner Drängen oder gar ein Einzelgang - etwa eine einseitige Vermehrung der Rüstungsausgaben - nur Schaden und Verwirrung stiften und uns ins internationale Zwielficht bringen, aus dem wir in weiten Bereichen der Welt glücklicherweise herausgekommen sind.

Voraussetzung für jede gute und den Frieden sichernde, die Verständigung zwischen den Völkern fördernde Außenpolitik ist die Binsenwahrheit, daß das eigene Haus in Ordnung sein muß, wenn unsere Stimme draußen in der Welt gehört und beachtet werden soll. Hier gibt es noch vieles zu tun. Die Innenpolitik - und dies auf sehr viele Bereiche bezogen - dürfte im letzten Jahr der Legislaturperiode des Fünften Deutschen Bundestages die Energien der Parteien und des Parlaments beanspruchen. Für die Festigung und die Reformierung unserer gesellschaftlichen Ordnung stehen wichtige Komplexe auf der Fraktandenliste. Die Verabschiedung des Städtebau-Förderungsgesetzes durch das Kabinett der Großen Koalition und seine bevorstehende Beratung im Bundestag bedeutet eine Zäsur auf einem Gebiet, dessen Reformbedürftigkeit allen in die Augen sticht. Man muß dabei kein Städtebaupolitiker sein, j e d e r Bürger spürt Nöte, die ihm auf den Fingern brennen. Die Lohnfortzahlung im Krankheitsfalle entspringt einem unerläßlichen Gebot der Gleichheit und Gerechtigkeit; es wird noch vor den Bundestagswahlen eine Erfüllung finden.

Es gibt zwischen den großen Parteien strittige Fragen wie die der erweiterten Mitbestimmung. Die Diskussion darüber scheint in unserem Volke an Tiefe und Breite zu gewinnen und zwingt die Gegner der Mitbestimmung zur Stellungnahme. Die Unionsparteien machen es sich hier schwer, sie bekommen die Last und den Druck einflußreicher Kräfte zu spüren, die sich gegen eine erweiterte und qualifizierte Mitbestimmung sperren. Die Geschichte dürfte über sie hinweggehen, denn die Vertreter und Befürworter des gesellschaftspolitischen Fortschritts haben den längeren Atem. Das belegt die Sozial- und Wirtschaftsgeschichte der letzten hundert Jahre.

Anerkennung und Kritik

Was junge Bundesbürger bei einem Berlinbesuch bemängeln und loben

Von Fritz Büttner, MdB

"Berlin ist eine Reise wert." - Unter diesem Motto hatte eine Jugendgruppe aus meinem Wahlkreis Moers, aus der Bergarbeiterstadt Kamp-Lintfort ihre Reise angetreten. Ich hatte Gelegenheit, diese Gruppe, die von zwei jungen aktiven Journalisten begleitet war, an verschiedenen Tagen der Berlin-Sitzungswoche stundenweise zu betreuen.

Nicht alles haben diese jungen Menschen positiv empfunden. Z.B. eine Filmvorführung und einen Vortrag im Berliner Bundeshaus. Was soll man davon halten, wenn ein Kommentar des Herrn Schnitzler aus der Osten ohne Einführung und ohne Kommentar hinterher entgegengenommen werden muß? Eine solche Handhabung ist unzweckmäßig und rechtfertigt den Aufwand von Steuermitteln nicht, wie einer der Teilnehmer nach meinem Dafürhalten nicht zu Unrecht feststellte.

Es war mir möglich, diesen negativen Eindruck, der auch nach dem Vortrag im Berliner Bundeshaus entstanden war, etwas zu verwischen. Ich bin mit den jungen Berlinbesuchern der Meinung; daß eine Informationsreise nur dann sinnvoll ist, wenn die Jugendlichen auch mit der Information leben, d.h. der Vortrag muß so angelegt sein, daß die Jugendlichen die Ausführungen des Referenten oder der Referentin erfassen, und zwar so, daß auch eine Diskussion möglich ist.

Weil mir geschildert worden ist, daß das Referat so wenig gruppenbezogen war, habe ich mit den Jugendlichen den Reichstag besichtigt und mit ihnen diskutiert. Der Stimmungsbarometer schlug um, als Senator Dr. Bodin ein Gespräch mit dem Regierenden Bürgermeister vermittelte und als dann auch noch der Vizepräsident des Bundestages, Dr. Mommer, und die Bundestagsabgeordneten Franz Neumann, Raffert, Sängler und andere sich der Diskussion stellten und die Jugendlichen sich in ihrer Kritik bestätigt sahen. Die Besichtigung der Mauer und Besuch des Ostsektors blieben nicht ohne Eindruck auf sie.

Eines haben die jungen Menschen sicher mit nach Hause genommen: Praktische, erfolgreiche Politik zu treiben ist schwieriger, als über sie zu reden. Daß maßgebliche Politiker sich ihnen stellten, war wirkungsvoll. Daß ihre Kritik um der Sache willen ebenso ernst vorgetragen wie genommen wurde, war ein Erfolg; auch deshalb, weil man hier die Überzeugung gewinnen konnte, daß das, was zu kritisieren ist auch kritisiert werden kann. Wenn es darüber hinaus von den Verantwortlichen entgegen genommen wird mit der Zusage, für eine Änderung einzutreten und wissensdurstigen politisch interessierten Berlinbesuchern in Zukunft nicht mehr ein Programm nach überholtem Schema zu bieten, dann war "Berlin eine Reise wert".

Die Jugendlichen aus Kamp-Lintfort und die beiden Journalisten können stolz darauf sein, sich als fortschrittliche Jugendliche zugunsten derer betätigt zu haben, die in Zukunft Berlin besuchen werden.

Sorgen an der Saar

Schwere Versäumnisse der Landesregierung

Von Alwin Brück, MdB

Dr. Franz-Josef Röder, CDU-Ministerpräsident des Saarlandes, hat die Nerven verloren. Wie ein Ertrinkender greift er ausgerechnet den an, der ihn retten will. So behauptete Röder jetzt, von dem sozialdemokratischen Bundeswirtschaftsminister Karl Schiller, er habe an der Saar Verwirrung gestiftet, als er in Saarbrücken vor einiger Zeit seine Vorstellungen entwickelte, wie dem Saarland aus der wirtschaftlichen Strukturkrise geholfen werden soll.

Dr. Röders Nervosität ist verständlich. Am 20. Oktober finden im Saarland Kommunalwahlen statt. Inzwischen scheint er gespürt zu haben, daß die Saarländer darüber nachdenken, warum es im Saarland wirtschaftlich nicht so aufwärts geht wie im Übrigen Bundesgebiet. Während im Bundesgebiet im August auf einen Arbeitslosen vier offene Stellen kamen, war es im Saarland fast umgekehrt. Natürlich hat auch das Saarland von der neuen Wirtschaftskonjunktur profitiert, aber eben nicht in dem Maße, wie andere Regionen der Bundesrepublik.

Die saarländische Wirtschaft krankt an ihrer immer noch einseitigen schwerindustriellen Struktur. Vergeblich haben die Sozialdemokraten im Saarland schon vor zehn Jahren Maßnahmen gefordert, um die einseitige Struktur zu beseitigen. Die Landesregierung aus CDU und FDP beharrte darauf, daß das Saarland ein Land der Schwerindustrie bleiben müsse. Ein weiteres Argument der Landesregierung war damals, es seien für neu anzusiedelnde Industrien keine Arbeitskräfte vorhanden. Obwohl es damals auch an der Saar Vollbeschäftigung gab, stimmte dieses Argument schon damals nicht ganz, weil die Zahl der Frauen, die im Saarland im Berufsleben standen, niedriger war als in anderen Bundesländern. Angesichts der vor zehn Jahren gerade beginnenden Krise im Steinkohlenergbau, angesichts des sich immer mehr verlangsamenden Zuwachses des Sozialproduktes im Saarland, hätte außerdem jeder weitsichtige Politiker sehen müssen, daß für die verlorengehenden Arbeitsplätze im Bergbau neue in anderen Industrien geschaffen werden müssen. Die saarländische Regierung sah die drohenden Gefahren nicht.

Sie wollte der vorhandenen Schwerindustrie angesichts der damals noch vorhandenen Vollbeschäftigung keine Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt schaffen. Vielleicht befürchtete man auch, daß neue Wachstumsindustrie zu sehr das Lohnniveau anheben würde.

Die Konjunkturkrise des vergangenen Jahres hat dann die strukturellen Schwächen der saarländischen Wirtschaft schonungslos aufgedeckt. Mittlerweile ist aus dem einst wohlhabenden Industrie-
revier an der Saar das ärmste Land der Bundesrepublik geworden. Die Zuwachsraten des Sozialproduktes liegen weit unter dem Bundesdurchschnitt, viele Saarländer - meistens natürlich junge - haben ihre Heimat verlassen, um in anderen Bundesländern ihren Lebensunterhalt zu verdienen.

Während Dr. Röder jahrelang die Zügel der Wirtschaftspolitik schleifen ließ, präsentiert er jetzt ständig Forderungen an die Bundesregierung, die er eigentlich schon vor sieben oder acht Jahren hätte stellen müssen. Aber er will jetzt beweisen, daß die Landesregierung nicht untätig ist, um die Wirtschaftsstruktur des Saarlandes zu verbessern. So versucht er denn auch, den Wirtschaftsminister der Bundesregierung zu übertrumpfen, der zum erstenmal konkrete Pläne für die Gesundung der saarländischen Wirtschaft vorgelegt hat.

Die Frage, die sich die Saarländer jetzt stellen, ist ganz einfach: Warum hat Dr. Röder nicht schon vor Jahren bei seinen Parteifreunden in Bonn um Hilfe ersucht? Jetzt, da der sozialdemokratische Bundeswirtschaftsminister Schiller dem Saarland helfen will, schmäht ihn der saarländische Ministerpräsident. Wer wie Dr. Röder ein Land an den Rand des wirtschaftlichen Ruins geführt hat, sollte dankbar sein, wenn ihm Hilfe angeboten wird. Er sollte parteipolitische Überlegungen aus dem Spiel lassen und ein wenig auch an seine Verantwortung als Ministerpräsident denken. Und er sollte den Sozialdemokraten auch dafür dankbar sein, daß sie mit ihrer Großen Anfrage für eine Debatte im Deutschen Bundestag gesorgt haben, damit vor der deutschen Öffentlichkeit die Probleme des Saarlandes deutlich gemacht werden.

Jugoslawien wehrt sich

Freundliche Worte an Bonn

Von Hans Peter Rullmann, Belgrad

Die letzten Tage standen in Jugoslawien im Zeichen mehrerer Reden und Ausführungen, die sich auf die entstandene Situation in Europa nach der sowjetischen Militärintervention in der CSSR bezogen. Die wichtigste und auch autoritativste Stellungnahme erfolgte anlässlich des achten Besuches des äthiopischen Kaisers Haile Selassie in Jugoslawien, der bei blendendem Wetter auf dem Militärflugplatz von Pula in Istrien landete. Haile Selassie wurde auf seinen Flug von Algier nach Jugoslawien von jugoslawischen Jagdflugzeugen begleitet und begab sich unmittelbar nach der Landung, nunmehr im Begleitschutz zweier jugoslawischer Torpedoboote, zusammen mit Marschall Tito auf die Adriainsel Brioni, wo der Kaiser in der "Villa Brionka" Unterkunft fand. Am Abend lud Marschall Tito seinen hohen Gast in seine "Weiße Villa" ein, und bei dieser Gelegenheit wurden Trinksprüche ausgetauscht, die ganz offensichtlich für die Weltöffentlichkeit gedacht waren.

Marschall Tito verglich die sowjetische Intervention in der CSSR mit dem italienischen Überfall auf Abessinien vor über 30 Jahren und malte dann die Gefahren eines neuen kalten, lokalen oder allgemeinen Welt-Krieges aus, die Gefahr einer Katastrophe also, die nach seinen Worten die ganze Welt erfassen könne.

Den Großmächten, die sich nach den Worten Titos nun nicht mehr nur in die Angelegenheiten der wirtschaftlich unterentwickelten Kontinente, sondern leider auch Europas einmischten, mußte von Seiten der blockfreien, fortschrittlichen, gutwilligen, kleineren und mittleren Staaten ein energischer Widerstand entgegengesetzt werden, denn man wisse nicht, so Tito, was uns der morgige Tag bringen wird.

Außerdem trat am Belgrader Marx-Engels-Platz das jugoslawische Bundesparlament, die Skupschtina, zu ihrer ersten Sitzung nach den Sommerferien zusammen. Auf dieser Sitzung nahm auch der jugoslawische Ministerpräsident Mika Spiljak das Wort zu den neuen Konstellationen in Europa. Spiljak verglich die sowjetische Intervention in der CSSR

mit Vietnam und dem Nahostkonflikt und betonte die Unsicherheit der gegenwärtigen Situation, vor allem, was Bulgarien anbelange, dessen Führer territoriale Ansprüche auf Jugoslawisch-Mazedonien erhöben. Wörtlich sagte Premier Spiljak:

"Die scharfe Kampagne, die gegen uns geführt wird, nimmt immer mehr die Charakterzüge der Kampagne des ehemaligen Kominformbüros an. Sie greifen unser gesamtes gesellschaftliches und wirtschaftliches System an, beleidigen die Führer unseres Landes und nehmen dabei nicht einmal den Präsidenten der Republik aus. Ich glaube, wir haben es nicht nötig, hier auf eine derartige Kampagne zu antworten, aber was die territorialen Ansprüche anbelangt, die in der antijugoslawischen Kampagne des benachbarten Bulgariens zum Ausdruck kommen, möchte ich doch Folgendes sagen: Die Achtung der territorialen Integrität eines jeden Landes auf dem Balkan ist eine Voraussetzung für die Erhaltung des Friedens in diesem Gebiet, und was Jugoslawien anbelangt, muß ich unterstreichen, weil es vielleicht einigen Leuten nicht ganz klar ist, daß eine normale Zusammenarbeit mit unserem Land unmöglich ist, solange man sich territorialer Aspirationen auf Rechnung unserer Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien nicht entsagt hat."

Mika Spiljak betonte, Jugoslawien werde sich gegen die Angriffe auf jede Weise, wirtschaftlich, diplomatisch, politisch, ideologisch und im Ernstfalle auch mit der Waffe in der Hand zu verteidigen wissen, wobei der etwaige Angreifer davon überzeugt sein müsse, daß das ganze jugoslawische Volk hinter der Führung stehe und daß die jugoslawische Volksarmee nur ein Teil der Verteidigungskräfte sei, über die dieses Land verfüge. Im Gegensatz zu den sich ständig verschlechternden Beziehungen zu den osteuropäischen Staaten hob Premier Spiljak jedoch vor allem die gute und zufriedenstellende Zusammenarbeit mit Rumänien in Osten und den westeuropäischen Ländern hervor. Er erwähnte in diesem Zusammenhang Italien, Frankreich, Großbritannien, die skandinavischen Länder, den Benelux-Verein, Österreich und auch die Bundesrepublik Deutschland sowie in Übersee die Vereinigten Staaten von Amerika, was in diesem Zusammenhang natürlich gleichfalls Aufsehen erregt.

Der Gesamteindruck, den man aus den gehaltenen Reden Titos, Spiljaks, des jugoslawischen Parlamentspräsidenten Popović, des serbischen Parlamentsvorsitzenden Minić und des jugoslawischen Verteidigungsministers Nikolai Ljubičić gewinnt, besteht nicht nur aus einer entschlossenen Verteidigungsbereitschaft Jugoslawiens, sondern auch aus der Erkenntnis, daß Jugoslawien zur Zeit eine Konferenz der Blockfreien im alten Rahmen für unzeitgemäß hält, dafür aber eine Konferenz aller Staaten und Kräfte anstrebt, die, wie Tito sagte, gutgewillt und anständig seien.